

Landeskonzferenz der DFG-VK NRW 19./20. 9. 2020, Duisburg
Input zum Thema "Corona und Sicherheit - falsche Prioritäten, falsche Sicherheit"
Joachim Schramm

"Corona und Sicherheit - falsche Prioritäten, falsche Sicherheit" lautet der Titel dieses Tagesordnungspunktes. Warum ist das für uns als Friedensgesellschaft wichtig? Sicherheit ist ein hohes Gut für viele Menschen, darum wird um die gewünschte Auslegung des Sicherheitsbegriffs zwischen verschiedenen Interessensgruppen hart gerungen. Ist die innere Sicherheit am wichtigsten oder die äußere? Mit der angeblichen Bedrohung der äußeren Sicherheit werden Aufrüstungsprogramme begründet, die Frage der inneren Sicherheit betrifft auch den Schutz oder die Einschränkung demokratischer Rechte. Die soziale Sicherheit ist eine wichtige Frage und spätestens mit Corona ist uns deutlich geworden, wie wichtig die Sicherheit des Gesundheitssystems für uns alle ist. Diese einzelnen Sicherheitsbereiche konkurrieren untereinander um finanzielle Mittel, um öffentliche Aufmerksamkeit, das ist durch Corona noch mal besonders deutlich geworden und dabei spielen Militär und Rüstung häufig eine große Rolle. Darum haben wir im Vorfeld dieser LaKo überlegt, über dieses Thema Corona und Sicherheit hier zu diskutieren und auch über unsere Aktivitäten in diesem Zusammenhang nachdenken. In dem Mitgliederrundbrief zur Einladung zur LaKo habe ich dazu ja schon einen Artikel geschrieben, der sich auf **drei Aspekte dieses Themas** bezieht: Auf die Prioritätensetzung des Staates bei der Gesundheitsversorgung als Teil der inneren Sicherheit einerseits und dem Militär als Bestandteil der äußeren Sicherheit andererseits, dann um die Frage der Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Bekämpfung von Corona und schließlich auf die Frage, wie der sogenannte erweiterte Sicherheitsbegriff des militärischen Systems dazu führt, viele Sicherheitsbereiche dem Militär unterzuordnen.

Zum ersten Aspekt: Eine wesentliche Begründung für die wegen Corona eingeführten Beschränkungen ist die Gefahr der Überlastung des Gesundheitssystems, vor allem der Krankenhäuser. Die Bilder und Berichte aus Ländern wie Spanien und Italien, wo es zu wenig Intensivbetten für Todkranke oder zu wenig Beatmungsgeräte gab oder wo über die Triage, die Behandlung nach Heilungschancen nachgedacht wurde, beeinflusste auch die Diskussion hier. Und es wurde deutlich, dass trotz der internationalen Erfahrungen, die ja über Pandemien wie Ebola oder Cholera vorlagen, auch in Deutschland zu wenig Kapazitäten für solche Situationen vorhanden waren, zu wenig Pflegepersonal, zu wenig Konzepte, wie man mit einer solchen Situation umzugehen habe. Das ist umso dramatischer, als bereits vor acht Jahren, also 2012 eine Risikoanalyse für eine Pandemie erstellt wurde. Dazu im März das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: "Die Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz auf Bundesebene dient der vorsorglichen Beschäftigung mit möglichen bundesrelevanten Gefahren und den zu erwartenden Auswirkungen auf die Bevölkerung, ihre Lebensgrundlagen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland. Ihre Ergebnisse sollen als Informations- und Entscheidungsgrundlage dienen und somit eine risiko- und bedarfsorientierte Vorsorge- und Abwehrplanung im Zivil- und Katastrophenschutz ermöglichen. (...) Bei dem analysierten Pandemieszenario aus 2012 handelt es sich um ein (...) hypothetisches Szenario, das einen hypothetischen Verlauf einer Pandemie in Deutschland beschreibt. Der damals modellierte Pandemie-Verlauf erfolgte durch die fachlich federführende Behörde, das Robert-Koch-Institut (RKI). (...) Ob und welche Maßnahmen in den Ländern auf Grundlage der Risikoanalyse 2012 getroffen wurden, entzieht sich unserer Kenntnis."

Während also im militärischen Bereich laufend Manöver und Übungen stattfinden, Bedrohungsszenarien durchgespielt und entsprechende Schlussfolgerungen daraus gezogen werden, sind offenbar die Ergebnisse dieser Risikoanalyse Pandemie in irgendwelchen Schubladen verschwunden. Denn eine Berücksichtigung hätte ja Geld gekostet. Geld, das auf staatlicher Ebene nicht zur Verfügung gestellt werden konnte, da man dort im Gesundheitsbereich spart. Von 2015 bis 2019 stieg der Gesundheitsetat im Bundeshaushalt von

12 Mrd. auf 15,3 Mrd. an, immerhin in fünf Jahren um 3,2 Mrd. Gleichzeitig stieg jedoch der Militäretat um das dreifache, von 32,9 auf 43,2 Mrd. , also um 10,3 Mrd. Von 2019 auf 2020 sollte der Gesundheitsetat sogar schrumpfen, durch die inzwischen beschlossenen Nachtragshaushalte ist er angesichts von Corona auf außergewöhnliche 41 Mrd. erhöht worden. Erst jetzt sieht man sich gezwungen, ausreichend in den Gesundheitsbereich zu investieren. Vorher war das Militär wichtiger. Andersherum hätten viele von den über 9000 Coronatoten vielleicht überlebt.

Auch im Weltmaßstab wiederholt sich diese Prioritätensetzung: Weltweit wurden 2019 1.917 Mrd. Dollar für Waffen und Soldaten ausgegeben, der Etat der Weltgesundheitsorganisation WHO betrug 2,2 Mrd. Dollar, also ein Promille! Von diesen 2,2 Mrd. hatten die USA zuletzt 15% getragen, sie fehlen jetzt nach dem Austritt der USA aus der WHO. Mangelnde Finanzierung allgemein und die zunehmende Abhängigkeit von privaten Geldgebern schwächen die WHO. Der angeblichen militärischen Sicherheit wird also staatlicherseits deutlich Priorität vor der gesundheitlichen eingeräumt, mit entsprechenden dramatischen Folgen. Hier sollten wir überlegen, wie wir diese falsche Prioritätensetzung stärker aufzeigen und kritisieren können.

Kommen wir zum zweiten Themen-Aspekt. Die Frage, wie stark die Bekämpfung von Corona in die demokratischen Grundrechte in unserem Land eingreifen darf, hat in den letzten Wochen neue Aktualität gewonnen. Wir als Friedensbewegung waren mit dieser Frage allerdings schon von Anfang an konfrontiert. Schon kurz nach den ersten Verboten von größeren Menschenansammlungen stand hier in NRW die Frage im Raum, ob wir im Bündnis mit anderen eine Anti-Defender-Demonstration in Duisburg durchführen. Erst nachdem feststand, dass das Manöver nicht in ursprünglicher Form fortgeführt wurde und als uns Signale erreichten, dass viele potentiell Teilnehmer aus Angst vor einer Ansteckung wohl nicht teilnehmen würden, haben wir im März beschlossen, die Demo abzusagen. Hier stand also nicht im Raum, sich unwidersprochen staatlichen Anordnungen zu beugen, sondern die Abwägung verschiedener Interessen. Ähnlich verhielt es sich mit der Entscheidung, den Ostermarsch Rhein/Ruhr nur in abgewandelter Form durchzuführen. Gleichzeitig haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass zeitgleich die Anti-AKW-Gruppen im Münsterland ihr Recht auf Protest gerichtlich durchsetzten und nur die zu kurze Frist hat vielleicht verhindert, dass auch die Kölner Freunde gerichtlich gegen das Verbot eines Osterspaziergangs vorgingen. Zu Recht kritisiert Ulla Jelpke von der LINKEN, dass zur Einschränkung von Versammlungsfreiheit und weiteren Grundrechten eine schlichte Rechtsverordnung ausreicht, also keine Diskussion und Beschlussfassung mit einfacher oder gar Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig sei. Doch dies hat lange kaum jemanden gestört und erst als mit Maskenpflicht und Lockdown Beschränkungen größere Kreise der Bevölkerung betrafen, wurden sie zum Thema. Und statt sich nun kritisch mit sinnvollen und nicht sinnvollen Beschränkungen sachlich auseinanderzusetzen, erleben wir in den letzten Wochen und Monaten einen Streit darüber, ob es Corona überhaupt gibt oder nicht, ob es eine Pandemie ist oder nicht, ob man an oder mit Corona stirbt. Die inzwischen gut beherrschte Situation in Deutschland mit wenigen Krankheitsausbrüchen und wenigen Toten wird zum Anlass genommen, geflissentlich über das dramatische Infektionsgeschehen in Ländern wie USA, Indien, Brasilien oder aktuelle wieder in Frankreich hinwegzusehen, als würde es sich um unterschiedlich Krankheiten handeln. Diese besorgniserregende Diskussion reicht in linke Kreise hinein, in Kreise der Friedensbewegung hinein und nicht umsonst waren Ende August bei der Demo in Berlin auch Friedensfahnen zu sehen. Nun ist ja nicht gefährlich, dass sich Menschen für Freiheitsrechte einsetzen. Und es ist berechtigt, die einzelnen Maßnahmen der Regierung und der Behörden kritische zu hinterfragen. Nachdenklich stimmt es einen jedoch, dass sich dieser Freiheitsdrang oder die Sorge um unser Grundgesetz in diesem Ausmaß nicht z.B. am Bruch des Friedensgebotes durch Auslandseinsätze und Rüstungsexporte oder an dem durch Hartz IV konterkarierten Sozialstaatsgebot festmache, sondern offenbar bei vielen am eigenen Wohlbefinden. Ich muss Maske tragen, ich darf nicht in die Disco oder ins Konzert, ich darf nicht in Urlaub fahren wohin ich will. Diese Ich-Bezogenheit mischt sich mit der Bereitschaft, mit allen zusammen zu gehen,

die in dieser Sicht der Dinge mit übereinstimmen. Die Bilder von friedlichen Demonstranten, die ungestört an Nazi-Trupps mit Reichsflaggen vorbeizogen, haben mich erschrecken lassen. Auch die Tatsache, dass keine sinnvolle Erklärung für die angeprangerten Grundrechtseinschränkungen geliefert wird außer dem Verweis auf dunkle Mächte und einzelne Krisengewinnler, zeigt die Politikferne vieler der Corona-Protestler. Doch diejenigen, die aus diesen unklaren, nebulösen Verdächtigungen und Kritik an allem und jedem ihren Vorteil ziehen wollen, lauern schon in den Startlöchern. Wenn die Initiative Querdenken 711 Neuwahlen im Oktober fordert, ist damit ja die Hoffnung verbunden, andere Kräfte würden an die Regierung kommen, nämlich die, die ihre Ansichten teilen. Das sind im Moment aber nur die Rechten. Diese profitieren immer, wenn nicht das rationale Denken und die überdachte politische Analyse das Handeln der Menschen bestimmt sondern wirre Theorien, Ängste vor dem Unbekannten und die Entsolidarisierung. Dagegen sollten wir uns als Friedensbewegung zur Wehr setzen. Wie kann das geschehen und wie können wir gleichzeitig die Kritik an unnötigen Einschränkungen demokratischer Rechte formulieren?

Nun zum dritten Themen-Aspekt. In den 80er Jahren wurde aus der Zivilgesellschaft darauf hingewiesen, dass eine Beschränkung der staatlichen Sicherheitsvorsorge auf die militärische Abwehr von möglichen Angriffen zu kurz greife. Bei der Sicherheit ginge es auch um Fragen von sozialer Sicherheit, Umweltschutz usw. Diese Argumentation wurde leider von der falschen Seite aufgegriffen, der militärfreundlichen Politik. Heute wird dort von einem „Erweiterten Sicherheitsbegriff“ gesprochen, wird im Weißbuch der Bundeswehr ein Sicherheitskatalog aufgemacht, der von militärischen Angriffen über terroristischen Attacken, Umweltkatastrophen und Migrationsströmen bis zu Pandemien reicht. Wenn dies im Weißbuch steht, ist klar, dass die Bundeswehr sich mit diesen Dingen befassen soll, und somit eine breite Berechtigung ihrer Existenz erhält. Obwohl die Bundeswehr gar nicht in der Lage ist, die Ursachenbekämpfung von Migration oder die Bekämpfung einer Pandemie zu leisten und auch für die anderen Sicherheitsfragen die falsche Antwort ist, täuscht die Bundesregierung so vor, sie sei auf alle Bedrohungen vorbereitet und die Milliarden für die Armee würden an der richtigen Stelle ausgegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Prof. Lothar Brock, damals bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung tätig, hat schon in den 2000er Jahren auf die Problematik dieses Erweiterten Sicherheitsbegriffs hingewiesen:

„An die Stelle einer Analyse des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Marginalisierung, Diskriminierung, Staatszerfall, kultureller Fremdbestimmung, Aufkommen neuer Krankheiten und Gewalt tritt die rhetorische Gleichschaltung der einschlägigen Politikfelder“

„Und nicht nur das: die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs ist gleichbedeutend mit einer Erweiterung des Spektrums von Bedrohungen, mit denen die Menschen konfrontiert werden. Die Ausweitung von Bedrohungsgefühlen aber fördert nach aller Erfahrung eher die Akzeptanz militärischer Vorsorge oder militärischer Eingriffe in akute Konflikte als die politische Bereitschaft, sich auf langwierige zivile Formen der Konfliktbearbeitung einzulassen.“

(<https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0395>).

Der Erweiterte Sicherheitsbegriff dient also nicht zur besseren Vorsorge vor Bedrohungen sondern vorrangig dazu, die Existenz des Militärs und seiner Kosten zu rechtfertigen. Dies ist am Beispiel der Corona-Pandemie deutlich zu beobachten. Schnell war die Bundeswehr mit dabei, aus Corona Kapital zu schlagen, indem sie medizinisches Personal und Logistik zur Verfügung stellt. Auch die Übernahme der Kontrolle von Ausgangssperren war schon im Gespräch, wurde dann aber fallengelassen. Der Einsatz der Armee für originäre Polizeiaufgaben ist dann doch noch zu heikel.

Aber der Versuch stand im Raum: Beispielsweise fragte das Regierungspräsidium in Karlsruhe am 1. April nach, ob die Bundeswehr 217 Soldaten „als Wachpersonal für Sicherheitsaufgaben“ sowie zur Überwachung von Quarantäne-Maßnahmen und für die Kontrolle der Einhaltung der Ausgangsbeschränkungen zur Verfügung stellen könne.

Laut Verteidigungsministerium gingen bei der Bundeswehr insgesamt 16 Anträge aus Baden-Württemberg, dem Saarland, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern ein, die hoheitliche Aufgaben betrafen. Sechs dieser Anträge lehnte die Bundeswehr den Angaben zufolge ab. Zehn Anträge wurden wieder zurückgezogen. Was herrscht in diesen Bundesländern für eine mangelnde Kenntnis des Grundgesetzes vor?

Laut Art 35,1 GG ist ein Einsatz der Bundeswehr auf Anfrage um Amtshilfe erlaubt. Allerdings sind nur nicht-hoheitliche Aufgaben zulässig, im Wesentlichen also technische oder logistische Amtshilfe, bei denen auch keine privatwirtschaftlichen Aufgabenfelder beeinträchtigt werden dürfen. In der Coronakrise wurden diese Grenzen immer wieder überschritten. So kritisierte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, André Hahn, : „Wenn Bundeswehrsoldaten im Saarland in privaten Seniorenresidenzen eines bundesweit tätigen Altenheimbetreibers eingesetzt werden, um dort pressewirksam Einlasskontrollen durchzuführen, habe ich ernsthafte Zweifel, ob die Grenzen der behördlichen Amtshilfe noch gewahrt sind.“ https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/blickzumnachbarn/corona-bundeswehr-hat-25-amtshilfeantraege-umgesetzt_aid-53224217

Und die Nordwestzeitung zieht Anfang September die Bilanz:

„Sie helfen bei den Coronatests der Urlaubsrückkehrern, machen Registrierungen an Infektions-Hotspots und beschaffen medizinisches Material und Schutzkleidung: Der Einsatz der Bundeswehr im Innern war umstritten – läuft aber reibungslos. Nordwestzeitung online 5.9.20 Auch für die Nachwuchswerbung wurde Corona genutzt: Auf Werbeplakaten zeigte sich die Armee im Pandemie-Einsatz.

Auch die NATO beschäftigte sich mit Corona. Im März appellierte Generalsekretär Stoltenberg an die Mitglieder. trotz Pandemie ja am 2%-Aufrüstungsziel festzuhalten, als gäbe es keine anderen Sorgen. Und im April hielt das Militärbündnis eine Tagung zu Corona ab. Hier ging es um die Aufrechterhaltung der Kriegsführungsfähigkeit auch unter Pandemie-Bedingungen. Und damit sind wir beim Hauptproblem des militärorientierten Sicherheitsdenkens: Nicht die weitreichende, internationale Zusammenarbeit zur Entwicklung von Strategien gegen die reale Gefahr Pandemie steht im Fokus sondern die Abwehr einer wenig wahrscheinlichen militärischen Bedrohung. Dieser militärischen Sichtweise auf die Welt soll alles untergeordnet werden, sei es die Gesundheit, soziale Probleme oder auch der Klimaschutz. Diese Sichtweise, die in der Gesellschaft durchaus auf Akzeptanz trifft bzw. nicht hinterfragt wird, gilt es aus friedensbewegter Sicht zu bekämpfen. Das Szenario „Sicherheit neu denken“ oder auch die Ersetzung der Sicherheitslogik durch eine Friedenslogik sind hier Konzepte, die Friedensbewegung und Friedensforschung in letzter Zeit erarbeitet haben, Es gilt, diese stärker in die gesellschaftliche Debatte zu bringen! Aber auch der stärkere Schulterschluss mit anderen Bewegungen, die ebenfalls unter dieser falschen Prioritätensetzung zu leiden haben, ist notwendig. Unser Aufkleber "Geld für Gesundheit statt für Atombomber" ist ein erster Ansatz. Wir müssen z.B. aber auch gemeinsam mit der Klimaschutzbewegung deutlich machen, dass das Militär nicht unwichtiger Teil des Problems Klimawandel ist und aber auch, dass die Milliardenausgaben das Geld fressen, dass für die Schaffung von mehr Klimagerechtigkeit dringend nötig ist. Wie kann das geschehen, welche Erfahrungen haben wir damit schon gemacht und wie können wir die weiterentwickeln?